



# N i e d e r s c h r i f t

## über die 7. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 11.03.2025

---

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungssaal  
Beginn: 16:00 Uhr  
Ende: 17:24 Uhr

### Teilnehmer/innen:

Herr Oberbürgermeister Grantz

Herr Stadtrat Skusa

#### **SPD-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Batz

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

#### **CDU-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Frau Stadtverordnete Milch

Herr Stadtverordneter Ofcarek

Frau Stadtverordnete Steinbach

#### **Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P**

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

#### **BD-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

#### **WfB-Fraktion**

Frau Stadtverordnete Baltrusch

#### **FDP-Fraktion**

Herr Stadtverordneter Freemann

#### **Fraktion DIE MÖWEN**

Herr Stadtverordneter Secci

#### **AfD-Gruppe**

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

#### **Weitere Teilnehmer:**

Direktor Ortschaftspolizeibehörde:

Bürger- und Ordnungsamt:

Feuerwehr:

Herr Ortgies

Herr Herbrig

Herr Cordes

Herr Oberbürgermeister Grantz eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschlussfähig ist. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

## 1. Einwohnerfragestunde

Keine.

## 2. Bereich Polizei und Feuerwehr

### 2.1. **Genehmigung der Niederschrift der 6. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 vom 10.12.2024** I/XI 1/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung mit einer Enthaltung (Die Grünen + P Herr B.-Duderstaedt).

### 2.2. **Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV** I/XI 2/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

### 2.3. **Gemeinsamer Bericht zu Gewalt gegen PB's, MA im Außendienst und FW/Rettungsdienst im Jahr 2024** I/XI 3/2025

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

## 3. Bereich Polizei

### 3.1. **Anfragen**

Keine.

### 3.2. **Anträge**

Keine.

### 3.3. **Aussprache zum Ergebnisbericht der Mitarbeitendenbefragung** I 1/2025

Herr Marc Tiedemann berichtet anhand einer Präsentation über den Ergebnisbericht zur durchgeführten Mitarbeitendenbefragung in der OPB und, in Bezug auf die negativen Ergebnisse, über die bereits durchgeführten Maßnahmen und deren Zielsetzungen. Die Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.

Herr Timke bedankt sich bei Herrn Tiedemann für den Vortrag und hat hierzu mehrere Fragen. Zu dem Ergebnis, dass 51% aller Teilnehmenden Frustration in ihrer Arbeit empfinden und ca. 60 % der Teilnehmenden das Gefühl der Erschöpfung und Leere empfinden, möchte Herr Timke wissen, wie die OPB diesen beiden sehr schlechten Werten entgegenzutreten möchte? Herr Tiedemann antwortet, dass die psychosoziale Unterstützung eine Maßnahme ist und des Weiteren die Optimierung der Organisation ein Lösungsansatz sein könnte.

Viele Kolleginnen und Kollegen empfinden keine Erholung in ihrer Freizeit, stellt Herr Timke fest. Welche Gründe liegen dafür vor? Herr Tiedemann merkt an, dass die Arbeitsintensität ein Faktor ist. Die Höhe der Arbeitsbelastung aus den Bearbeitungsrückständen ist auch den gestellten Überlastungsanzeigen zu entnehmen.

Zuletzt möchte Herr Timke wissen, wie sich die hohen Zahlen an Überstunden in der Behörde entwickelt haben? Herr Tiedemann antwortet, dass das Niveau gleichbleibend ist.

Frau Kirschstein-Klingner möchte wissen, ob es mittlerweile Entwicklungen zu den zu langen innerbetrieblichen Entscheidungswegen gibt. Hier antwortet Herr Tiedemann, dass im Bereich fehlender Transparenz der Behördenleiter ein Format anbietet, welches Mitarbeitenden die Möglichkeit bietet, sich zu Gesprächsterminen anzumelden und dem Behördenleiter Fragen zu stellen, Rückmeldungen zu geben und Themen, wie z. B. Entscheidungswege, zu hinterfragen. Derzeit wird dieses Format nur sporadisch angenommen.

Frau Milch möchte wissen, ob diese Befragung nun ein weiteres Argumentationsmittel ist, um Verhandlungen mit Bremen aufzunehmen, um mehr finanzielle Mittel für mehr Personal oder bessere Ausstattung durchzusetzen. Herr Tiedemann antwortet, dass die vorrangige Zielsetzung die Identifikation von besonders belasteten Bereichen ist sowie die Aufklärung zur Arbeitsintensität und die Entwicklung von Maßnahmen, um Gesundheitsgefährdungen entgegen wirken zu können. Auch soll diese Befragung ein Instrument zur objektiven Darstellung und zur Vergleichbarkeit sein.

Herr Jürgewitz erkundigt sich nach den Einstellungszahlen der letzten Jahre und ob die Konkurrenz innerhalb der Polizeien größer geworden ist. Herr Tiedemann antwortet, dass wir zwar eine Zunahme bei den Einstellungsjahren verzeichnen, jedoch alle Polizeien feststellen, dass aktuell Schwierigkeiten darin bestehen, ausreichend Studierende zu gewinnen. Zudem ist festzustellen, dass der Beruf immer mehr an Attraktivität verliert, auch ist das sicherlich dem demographischen Wandel zuzuordnen.

Herr Freemann bittet um eine Erläuterung zum Ergebnis, dass sich 54% der Teilnehmenden negativ über ungeplante Aufgaben beklagen. Herr Tiedemann erklärt, dass hier die Übertragung von funktionsfremden Aufgaben gemeint ist, die des Öfteren auf bestehende Bereiche verschoben werden müssen, da für neu entstandene Aufgaben nicht umgehend neue Stellen geschaffen werden können. Herr Freemann stellt fest, dass sich über eine schlechte interne Kommunikation und fehlende Einbindung in Entscheidungsprozesse beklagt wird. Herr Tiedemann erklärt: "Das ist eine Baustelle, die wir für uns auch identifiziert haben. Ein Beispiel ist unser abgängiges (internes) Intranet, welches nachbesserungswürdig ist. Ein social Intranet wäre notwendig, mit dem man auch untereinander kommunizieren kann. Beides würde zum Abbau der Intransparenz führen und die Entscheidungswege verringern. Beides erfordert allerdings finanzielle Mittel, die uns derzeit nicht zur Verfügung stehen."

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

### **3.4. Stellenplananträge der Ortspolizeibehörde Bremerhaven**

**I 2/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt nach Beschlussfassung des Personal- und Organisationsausschusses am 16.12.2024 die Stellenplan-Anträge von insgesamt 16 Stellenhebungen im Bereich der Ortspolizeibehörde, davon

- 5 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 10 BremBesO,
- 8 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 10 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 11 BremBesO,
- 3 Stellenhebungen von Besoldungsgruppe A 11 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 12 BremBesO

zur Kenntnis.

### **3.5. Änderung der Taxentarifverordnung**

**I 3/2025**

Herr Timke fragt nach, ob es mittlerweile Ergebnisse zu prozentualen Steigerungen im LK Cuxhaven oder in der Stadt Bremen gibt. Herr Herbrig antwortet, dass sowohl der LK Cuxhaven als auch die Stadt Bremen eine Änderung der Taxentarifverordnung geschlossen haben, diese befinden sich im ähnlichen Rahmen, wie die in Bremerhaven - in Teilen auch höhere Tarifsätze -.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Erlass der im Entwurf vorgelegten Änderungsverordnung zur Taxentarifverordnung zu.

### **3.6. Verschiedenes Polizei**

Herr Siebert stellt zur gestrigen PKS-Veröffentlichung Auszüge zu ausgewählten Phänomenen vor. Die Präsentation wird diesem Protokoll beigelegt.

Herr Timke fragt, wie sich die Encrochat-Verfahren auf die PKS in Bezug auf die Aufklärungsquote ausgewirkt haben. Herr Siebert antwortet, dass die Auswirkungen der Encrochat-Verfahren auf die Aufklärungsquote nicht relevant sind. Darüber hinaus stellt Herr Timke fest, dass sich auch hier zeigt, dass die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden steigt und die Sachbearbeitung einzelner Fälle oftmals zu lange dauert. Er möchte wissen, wie die OPB sicherstellen möchte, dass die Halde der OPB weiterhin abgebaut wird? „Der neue Modernisierungsprozess wird zur Entlastung und zum Abbau der Halde führen“, betont Herr Siebert. In Bezug auf die um 10% gesunkene Aufklärungsquote und die damit verbundene Begründung, dass 40% der Verfahren aus 2023 ohne Täteransatz zugrunde liegen, bittet Herr Timke um eine Statistik zu dieser Aufklärungsquote ohne die eingeflossenen Verfahren (ohne Täteransatz) aus 2023, um nachzuvollziehen, inwieweit diese zur Reduzierung der Aufklärungsquote beigetragen haben.

Herr Freemann hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass unbedingt die Zielzahl angepasst werden muss und eine Flexibilität bei unbesetzten Stellen gewährleistet werden muss. Er stellt fest, dass Planstellen existieren, diese aber nicht finanziert sind. Er fragt Herrn Ortgies, ob dieses Anliegen bereits beim Innensenator platziert wurde. Herr Ortgies antwortet, dass er nicht müde wird, dieses Thema im Hause Inneres vorzutragen.

Herr Jürgewitz möchte zum Thema Wohnungseinbruchsdiebstahl und dessen Aufklärungsquote von 7 % wissen, warum diese so niedrig ist. Herr Siebert erläutert, dass Wohnungseinbruchsdiebstahl kein spurenintensives Phänomen und kein Treiber unserer Bearbeitungsrückstände ist.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

## **4. Bereich Katastrophenschutz**

### **4.1. Anfragen**

### **4.2. Anträge**

### **4.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz**

**KatS - I  
1/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

### **4.4. Verschiedenes Katastrophenschutz**

## **5. Bereich Feuerwehr**

Herr Skusa begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass der Jahrespressebericht 2024 der Feuerwehr zur Kenntnisnahme verteilt wurde. Des Weiteren berichtet er, dass im Bereich Schriftführung Feuerwehr ein Wechsel stattfindet. Frau Mahlstedt, die diese Funktion acht Jahre lang zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt hat, verlässt die Feuerwehr auf eigenen Wunsch, sie bleibt der Feuerwehr aber weiterhin ehrenamtlich verbunden. In diesem Zuge stellt er ihre Nachfolgerin und neue Schriftführerin Frau Schmonsees vor und heißt sie herzlich willkommen.

### **5.1. Anfragen**

Keine.

### **5.2. Anträge**

Keine.

### **5.3. Bericht zu Patientenzuweisungen im Rettungsdienst XI 1/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zu den Patientenzuweisungen zur Kenntnis.

### **5.4. Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen XI 2/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

### **5.5. Fachkräftemangel – Sachstand zur Durchführung der Berufsausbildung zum Notfallsanitäter/zur Notfallsanitäterin XI 3/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

### **5.6. Sicherstellung dringend notwendiger Raumbedarfe der Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS) XI 4/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

### **5.7. Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterweser-Elbe (IRLS) XI 5/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

### **5.8. Sachstandsbericht zur Brandverhütungsschau – Jahresstatistik 2024 und Ausblick 2025 XI 6/2025**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

### **5.9. Verschiedenes Feuerwehr**

Herr Jürgewitz fragt zu den Kosten der Schiffsbrände in 2024, hierzu sollte seitens der Verwaltung auf dieser Sitzung berichtet werden. Herr Cordes sagt eine Antwort mit dem Protokoll zu.

Hierzu:

In 2024 sind laut Statistik 8 Alarmierungen der Feuerwehr unter dem Stichwort Schiffsbrand erfasst, lediglich in 2 Fällen wurde die Feuerwehr vor Ort tätig (in den anderen Fällen war ein Eingreifen nicht erforderlich). Auslagen für Dritte sind bei beiden Einsätzen nicht entstanden, eine Abrechnung auf Basis der Gebührenordnung hätte für beide Einsätze zusammen eine Gebührenforderung von ca. 8.000 € ergeben. Ob in diesen Fällen ggfs. eine Gefährdungshaftung vorgelegen hätte, kann jedoch nicht abschließend eingeschätzt werden.

Herr Skusa berichtet zur Kollision zweier Schiffe vor der englischen Küste, dass zur Hilfeleistung vor Ort die „Mellum“ aus Wilhelmshaven am Unfallort eingetroffen ist. Mit an Bord ist auch ein Fachberater der Berufsfeuerwehr Bremerhaven.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht.

Herr Skusa schließt um 17:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit.

Vorsitzender

---

Grantz  
Oberbürgermeister

---

Skusa  
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Polizei

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

---

Berndt

---

Schmonsees